

## Antrag M 1

**Antragsteller: Frauengruppe**

**Empfehlung der  
Antragsberatungskommission:**

Annahme in geänderter Fassung

**Empfehlung des Beirats:**

Annahme in geänderter Fassung

### **Cybergrooming**

*Der 7.Ordentliche Delegiertentag  
der Gewerkschaft der Polizei –  
Bezirk Bundespolizei  
möge beschließen,*

dass der Bundeskongress den Bundesvorstand beauftragt, sich dafür einzusetzen, Gewalt gegen Kinder, insbesondere der sexuelle Missbrauch von Kindern auch ohne körperlichen Kontakt - das Phänomen Cybergrooming – (Strafvorschriften §§ 176,176a StGB), stärker im Fokus der gewerkschaftlichen und dienstlichen Aktivitäten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Prävention, steht.

#### Begründung:

Die Gewalt gegen Kinder in den verschiedensten Formen ist ein großes Kriminalitätsfeld.

Im analogen und im digitalen Alltag nehmen die Gefahren für Kinder und Jugendliche zu. Die digitale Kriminalität ist hierbei rasant auf dem Vormarsch. Es fehlt an entsprechender Ausstattung der Polizeien in Bund und Länder im personellen, aber auch im technischen Bereich, um sich diesem Kriminalitätsfeld ausreichend und gleichwertig der analogen Alltagskriminalität widmen zu können. Insbesondere das Cybergrooming als spezielle Form der sexualisierten Gewalt ist aufstrebend in der digitalen Kriminalität und steht im Zusammenhang mit dem allgegenwärtigen Zugang der Kinder und Jugendlichen zur digitalen Welt (Smart-TV, Smartphones, Laptops usw.).

Die zunehmenden Gefahren für Kinder im digitalen Alltag sowie die nicht ausreichende Aufklärung zum Phänomen Cybergrooming gegenüber Kindern und Jugendlichen, aber auch für die Eltern führen zu fatalen Entwicklungen in diesem Bereich.

- |   |  |                                      |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen              | <input type="radio"/> Abgelehnt          | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial         | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: |  |                                      |

## Antrag M 2

**Antragsteller: Frauengruppe**

**Empfehlung der  
Antragsberatungskommission:**

Annahme in geänderter Fassung

**Empfehlung des Beirats:**

Annahme in geänderter Fassung

### Keine Grenzüberschreitungen am Arbeitsplatz Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz

*Der 7.Ordentliche Delegiertentag  
der Gewerkschaft der Polizei –  
Bezirk Bundespolizei  
möge beschließen,*

dass sich der Bundeskongress beschließt, dass der ~~Bezirksvorstand~~ Bundesvorstand sich dafür einsetzt,  
dass

- die Gewerkschaft der Polizei sich für die Ratifizierung der ILO 190 in Deutschland im politischen Raum einsetzt.
- ~~—~~ Grenzüberschreitungen wie Diskriminierung, Belästigung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in der Bundespolizei beim Zoll und beim BAG, insbesondere vor dem Hintergrund der erneuerten Gesetzeslage und sowie der Benutzung von Social Network nicht geduldet werden.
- insbesondere gegenüber den Dienstherren eingefordert wird, dass:  
Präventionsmaßnahmen zielgerichtet entwickelt und implementiert werden.

- |   |  |                                      |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen              | <input type="radio"/> Abgelehnt          | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial         | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: |  |                                      |

diese Thematik schon im Studium und in der Ausbildung in einem angemessenen Umfang in die Curricula Aufnahme findet sowie die Anwärtinnen und Anwärter durch Trainings in die Lage versetzt werden, selbstbewusst gegen derartige persönliche Angriffe vorgehen zu können,

Führungskräfte für ein Arbeitsklima sorgen, das keinen Raum für jegliche Diskriminierung, Gewalt, Belästigung und sexuelle Belästigung jeglicher Art am Arbeitsplatz zulässt.

Dienstvereinbarungen getroffen werden, die den professionellen und emphatischen Umgang mit dieser Thematik regeln, wenn es trotz aller Präventionsmaßnahmen zu Grenzüberschreitungen gekommen ist

die Gewerkschaft der Polizei, die Personalräte, die Gleichstellungsbeauftragten sowie Schwerbehindertenvertretungen in ihrer Arbeit vielfältig unterstützt (z. B. durch Handlungshilfen, durch eine Musterdienstvereinbarung zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz, durch gemeinsame Tagungen der Gleichstellungsbeauftragten und Hauptpersonalräte).

~~Führungskräfte für ein Arbeitsklima sorgen, das keinen Raum für jegliche Diskriminierung, Gewalt, Belästigung und sexuelle Belästigung jeglicher Art am Arbeitsplatz zulässt.~~

~~Dienstvereinbarungen getroffen werden, die den professionellen und emphatischen Umgang mit dieser Thematik regeln, wenn es trotz aller Präventionsmaßnahmen zu Grenzüberschreitungen gekommen ist.~~

~~die Gewerkschaft der Polizei, die Personalräte, die Gleichstellungsbeauftragten sowie Schwerbehindertenvertretungen in ihrer Arbeit vielfältig unterstützt (z. B. durch Handlungshilfen, durch eine Musterdienstvereinbarung zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz, durch eine gemeinsame Tagung der Gleichstellungsbeauftragten und Hauptpersonalräte).~~

- Die Gewerkschaft der Polizei sich

~~für die Ratifizierung der ILO 190 in Deutschland im politischen Raum einsetzt.~~

#### Begründung:

Diskriminierung, Gewalt, Belästigung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sind keine Kavaliersdelikte, die die Opfer - nur, weil sie sich ggf. auch noch in einem Abhängigkeitsverhältnis befinden - hinnehmen müssen. Ihnen gehört unsere Unterstützung. Hierzu gehört auch die Ratifizierung der ILO 190 durch die Bundesregierung. Die 2019 beschlossene ILO 190 tritt am 25. Juni 2021 weltweit



in Kraft und ist durch die jeweiligen Staaten zu ratifizieren, um dies im nationalen Recht umzusetzen. Weiterhin sind sich viele durch die fortlaufenden strafrechtlichen Veränderungen im Bereich der Gewalt-, Sexualstraftaten und der Persönlichkeitsrechte nicht bewusst, dass bezogen auf die o. g. Problematik auch im Bereich des Arbeitsplatzes bereits Straftaten begangen werden. Auch andere Diskriminierungsformen, die das Allgemeine Gleichheitsgesetz (AGG) aufzeigt, scheinen nicht so "bekannt" zu sein.

Dies sollte zum Anlass genommen werden, um alle Beteiligten erneut zu sensibilisieren und Frauen wie Männer zu stärken, Diskriminierung, Belästigung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz anzuzeigen und sich Hilfe bei den Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten, dem Personalrat oder - sofern nicht Täter/-in - beim Vorgesetzten bzw. bei der Vorgesetzten zu holen.

## Antrag M 3

Antragsteller: **Seniorengruppe**

**Empfehlung der  
Antragsberatungskommission:**

Annahme

**Empfehlung des Beirats:**

Annahme

### ÖPNV – Öffentlicher Personen-Nahverkehr

*Der 7.Ordentliche Delegiertentag  
der Gewerkschaft der Polizei –  
Bezirk Bundespolizei  
möge beschließen,*

dass sich der Bezirksvorstand dafür einsetzt, dass der Bundeskongress beschließt, dass der Bundesvorstand beauftragt wird, sich dafür einzusetzen, dass der ÖPNV fahrplanmäßig, barrierefrei und finanziell besser organisiert gestaltet wird.

#### Begründung:

Gründe dafür, gerade für die älteren Menschen, der Anteil ist nicht klein, gibt es viele. Zum Beispiel: Die sogenannten Alten sollen nicht mehr bzw. können nicht mehr Auto fahren! Aber wie kommen sie zum Arzt, zur Apotheke, zum Einkaufen, zum Treff und jetzt aktuell zum Impf-Center?

Die Fahrpläne der Busse sind weitgehend so gestaltet, dass sie die Menschen zum Arbeitsplatz und die Schülerinnen und Schüler zur Schule bringen. Am Wochenende verkehren viele gar nicht. Dies trifft insbesondere außerhalb der Städte auf dem Lande zu.

Viele Busse sind nicht barrierefrei, was beim Ein- und Aussteigen z.T. erhebliche Probleme bereitet.

Die Preisgestaltung ist nicht gerade sozialverträglich und belastet den Geldbeutel.

Bei Preis und Fahrzeiten ist der ÖPNV gegenüber dem Privat-Kfz weit unterlegen. Nachteilig aber für Umwelt und Verkehrsbelastung.

- |   |  |                                      |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen              | <input type="radio"/> Abgelehnt          | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial         | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: |  |                                      |



Andere europäische Länder bieten für Ihre Bürgerinnen und Bürger einen erheblich besseren und preiswerteren ÖPNV an.

## Antrag M 4

**Antragsteller: Seniorengruppe**

**Empfehlung der  
Antragsberatungskommission:**

Annahme

**Empfehlung des Beirats:**

Annahme

### Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben

*Der 7.Ordentliche Delegiertentag  
der Gewerkschaft der Polizei –  
Bezirk Bundespolizei  
möge beschließen,*

dass sich der Bezirksvorstand dafür einsetzt, dass der Bundeskongress beschließen möge, dass sich der Bundesvorstand dafür einsetzt, dass die Seniorinnen und Senioren bei der Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben nicht ausgegrenzt werden.

#### Begründung:

Bei der Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben der jeweils älteren Generationen sollte auch der Anteil dieser Personengruppe an der Bevölkerung eine Berücksichtigung und Beachtung finden. Der Anteil der Rentner und Pensionäre an der Bevölkerung in der Bundesrepublik, also der älteren Bürger, beträgt ca. 21 Millionen. Das entspricht rund einem Viertel der Bevölkerung und rund einem Drittel der Wahlberechtigten!

Sicher kann sich jeder einer Partei, einem Verein oder einer Organisation anschließen, dort mitarbeiten und seine Vorstellungen und Meinungen einbringen. Als Einzelner oder in einer kleinen Gruppe ist er aber immer in der Minderheit und meist Satzungen bzw. einer Parteiordnung unterworfen. Als Mensch einer bestimmten Altersgruppe wird er nicht wahrgenommen.

Die Gruppe der älteren Menschen hat aber andere, eigene Vorstellungen, Lebensauffassungen, Probleme, genauso wie die Jungen ihre eigenen haben, und diese müssen bei Gesellschaft und Politik gleichermaßen ihre Beachtung finden.

Eine Nichtbeachtung und Außerachtlassung käme einer Diskriminierung gleich.

- |   |  |                                      |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen              | <input type="radio"/> Abgelehnt          | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial         | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: |  |                                      |



## Antrag M 5

Antragsteller: DG Küste

Empfehlung der  
Antragsberatungskommission:

Annahme

### Ausbau der Strafverfolgungskompetenz

*Der 7.Ordentliche Delegiertentag  
der Gewerkschaft der Polizei –  
Bezirk Bundespolizei  
möge beschließen,*

dass der Bezirksvorstand beauftragt wird, sich dafür einzusetzen, den Bereich Kriminalitätsbekämpfung und Ermittlung strukturell und personell zu verstärken.

Begründung:

- |   |  |                                      |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen              | <input type="radio"/> Abgelehnt          | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial         | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: |  |                                      |